
***Herbstgutachten 2018
der Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose***

***„Aufschwung verliert an Fahrt -
Weltwirtschaftliches Klima wird rauer“***

28. September 2018

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im **Jahr 2018** weiterhin auf Wachstumskurs. Der Aufschwung in Deutschland hat aber nach Einschätzung der Institute an Fahrt eingebüßt. So hat sich zum einen das Auslandsgeschäft aufgrund der langsameren Konjunktur in den wichtigsten deutschen Absatzmärkten abgeschwächt. Zum anderen bremsen produktionsseitige Engpässe das Wachstum aus, vor allem bei Arbeitskräften und beim Bezug von Vorleistungsgütern. Darüber hinaus rechnen die Institute im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Prüferfahrens WLTP in der Automobilindustrie mit Produktionseinbußen, die das Wachstum beeinträchtigen. In der Summe dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Durchschnitt des Jahres 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7% zunehmen und nicht wie noch im Frühjahr erwartet um 2,2%. Der BDI hatte jüngst die Wachstumsprognose für dieses Jahr auf 2 Prozent reduziert, sieht aber geringere Eintrübungen bei den Exporten und den Bruttoanlageinvestitionen als dies die Institute tun. Für das **Jahr 2019** prognostizieren die Institute einen Anstieg des BIP um 1,9%. Der private Konsum dürfte dabei kräftig zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Insbesondere die Korrekturen am Einkommensteuertarif sowie die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur GKV tragen zu einer Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei. Die finanzpolitischen Maßnahmen belaufen sich auf 22,4 Mrd. Euro. Die Beschäftigung wird 2019 weiter steigen, mit plus 420.000 Personen aber deutlich schwächer als im laufenden Jahr. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte allerdings deutlich geringer ausfallen. In Folge zunehmender Knappheit auf dem Arbeitsmarkt erwarten die Institute einen kräftigen Anstieg der Effektivverdienste. Obwohl die Inflation auf 2,0% anzieht, dürfte bei den privaten Haushalten dennoch ein deutliches Kaufkraftplus verbleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen werden angesichts der weiterhin hohen Kapazitätsauslastung um 2,9% steigen. Die Investitionen in Bauten trotz der Kapazitätsengpässe ähnlich stark wie 2018 um 2,8%. Auch die Ausfuhren werden 2019 mit plus 4,3% wieder merklich zum BIP-Wachstum beitragen. Bei den Importen erwarten die Institute einen Anstieg um 5,5%. Der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP wird auf 6,9% sinken, damit aber weiterhin über dem EU-Schwellenwert von 6% liegen. Der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte dürfte sich aufgrund der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik der Bundesregierung auf 1,2% des BIP reduzieren.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2017	2018	2019
BIP (real) in %	2,2	1,7	1,9
Erwerbstätige im Inland in Mio.	44,27	44,86	45,28
Arbeitslose in Mio.	2,53	2,34	2,09
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	5,7	5,2	4,8
Verbraucherpreise in %	1,8	1,8	2,0
Lohnstückkosten in %	1,5	2,3	2,2
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	1,0	1,6	1,2
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	7,9	7,4	7,0

Die Institute haben ihre **Konjunkturprognose** für 2018 im Vergleich zur Frühjahrsprognose um 0,5 Prozentpunkte auf nunmehr 1,7% abgesenkt. Als Gründe für diese Korrektur wurde der schwächere Konjunkturverlauf in der ersten Jahreshälfte angeführt, aus dem ein Prognosefehler von 0,1 Prozentpunkten resultiert. Weitere 0,2 Prozentpunkte machen jeweils die Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt und die Prognoseanpassung für das dritte und vierte Quartal 2018 aus.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund der starken Auslastung der **Baukapazitäten**, zunehmenden Engpässen bei qualifizierten Beschäftigten und der erheblichen Dynamik bei der Mietentwicklung, weisen die Forschungsinstitute zu Recht darauf hin, dass nicht eine verstärkte Regulierung von Preisen, sondern vielmehr Investitionen erforderlich sind, um die Knappheit des Wohnungsangebots zu überwinden. Volle Konzentration sollte daher richtigerweise auf die Beseitigung angebotsseitiger Engpässe gelegt werden. Hierzu gehören insbesondere eine rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung von Bauland sowie beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse – nicht zuletzt auf kommunaler Ebene. Hilfreiche Maßnahmen werden zudem in dichterere Bebauung sowie der Aufstockung von Gebäuden gesehen. Nicht zielführend ist hingegen das auf drei Jahre begrenzte Baukindergeld. Dieses droht sowohl zu Preisverzerrungen, als auch zu massiven Mitnahmeeffekten zu führen. Als Hürde für den Eigenheimerwerb wird zudem richtigerweise die Höhe der Grunderwerbsteuer identifiziert.

Deutschland und Europa sind bisher zwar von dem von den USA ausgehenden **Handelskonflikt** weitgehend verschont geblieben. So sind die konjunkturellen Effekte der bisherigen Zölle für die EU und Deutschland noch gering. Die Forschungsinstitute warnen aber zu Recht vor einer Eskalation des Handelskonflikts. Erhebliche Zollerhöhungen der USA auf breiter Front könnten in Deutschland und Europa eine schwere Rezession auslösen. Mittelfristig sind Ausweichreaktionen von Unternehmen zu erwarten, die einen grundlegenden Um- und Rückbau internationaler Lieferketten nach sich ziehen und die Struktur der internationalen Arbeitsteilung grundlegend verändern.